

Staatlichkeit, andererseits in einer ideengeschichtlichen Herausarbeitung der dialektischen Potenziale von Hegel und Marx (und ein Stück weit auch von Poulantzas) seinen Vorschlag der theoretisch-empirischen Fassung des modernen Staates in der dialektischen Ambivalenz von Dominanz und Partizipation vor der Folie eines „Endes der Post-Moderne“ (17). Die gleichsam einfache, wie geniale (freilich auch von anderen zirkulierte) Idee liegt dabei darin, dass der Staat nicht als Zustand, sondern als Prozess begriffen wird, dessen symptomatische Signifikanz in seiner Dialektik liegt, die weder in die eine, noch die andere Richtung aufgelöst werden kann. Die theoretische Stärke dieser Überlegung ist konkrete empirische Ausprägungen von Staatlichkeit in diesem dialektischen Verhältnis fassen und interpretieren zu können – womit substanzielle, wie funktionelle Perspektiven in die Staatstheorie integrierbar werden.

Damit greift *Hegelich* das Programm von Franz L. Neumann auf – allerdings ohne diesen ernsthaft zu rezipieren, was die große Schwachstelle der Arbeit ist, oder, positiv gewendet, zu ihrem Potenzial für eine Weiterentwicklung werden könnte. Denn von Neumann stammt, in Langfassung in seiner zweiten Promotion entwickelt und in Kurzfassung in dem Aufsatz über den „Funktionswandel des Gesetzes im Recht der bürgerlichen Gesellschaft“ von 1937 veröffentlicht, der Gedanke einer empirischen Transformation staatstheoretischer Reflexionen aufgrund von realpolitischen Transformationsprozessen sozialer Vergesellschaftung – bei Neumann noch begrifflich als das dialektische und unauflösbare Spannungsfeld von Souveränität und Freiheit gefasst, von *Hegelich* in die

Kategorien Dominanz und Partizipation übertragen. Liest man die Lücke als Potenzial, dann wären genau an einer neopluralistischen Schärfung von *Hegelichs* Erkenntnissen weitere Ansatzpunkte für eine empirisch fundierte Staatstherieforschung, die substanziell auf Souveränität und Freiheit beziehungsweise Dominanz und Partizipation hin orientiert.

Zum Abschluss nicht verschwiegen werden soll aber auch, dass *Hegelichs* empirische Analysen für sein Anliegen überaus aufschlussreich sind. Denn das empirische Material unterlegt die These des dialektischen Verhältnisses von Dominanz und Partizipation in prozessualer Hinsicht durch eine Analyse des „von oben“ dominierten „Policy-Cycles“ (80ff.) im Spannungsfeld von Programmanspruch, Programmumsetzung und Programmrealisierung mit Blick auf die Riester-Reform 2001, wie auch mit Blick auf das „Policy-Subsystem der Finanzmarktrettung“ (S. 127ff.), das durch seine Unterscheidung zur Finanzmarktregelung markiert und in dieser Differenzierung deutlich gemacht wird, dass eine zunächst auf ein „(finanzstarkes) Partikularinteresse“ (S. 124) gerichtetes Programm gemeinwohlorientiert modifiziert wurde und insofern der dialektische Prozess auch andersherum fassbar ist.

Samuel Salzborn

Blühdorn, Ingolfur. *Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende*. Berlin. Suhrkamp Verlag 2013. 304 Seiten. 20,00 €.

Es gehört zum rhetorischen Standardrepertoire realistischer DemokratietheoretikerInnen, sich selbst als bedroht zu inszenieren, permanent bedrängt

von normativen TheoretikerInnen und Gutmenschen, die die Radikalität eines realistischen Blickes auf die Wirklichkeit weder wertschätzen noch verstehen. Auch *Blühdorn* stilisiert sich zum „lonesome theoretical wolf“, der mit seiner Monographie – geschult an Argumentationsfiguren und der Rhetorik der Traditionslinie Schumpeter, Zolo, Greven – eine „realistische Demokratietheorie“ (57) vorlegen will, die den normativen Gehalt des „etablierten Demokratiebegriffes“ (43) verändern und eine Theorie der „simulativen Demokratie“ entfalten will, die den funktionalen Erfordernissen der dritten Moderne gerecht wird. *Blühdorns* zentrale These lautet, dass sich die liberal-repräsentativen Demokratien nicht in einer Krise, sondern in einem Formwandel (41ff.) befinden, der durch einen Prozess der Modernisierung angetrieben wird. Die von *Blühdorn* diagnostizierte dritte Moderne ist durch ein „demokratisches Paradox“ (36) gekennzeichnet: Einerseits steigt das demokratische Selbstbewusstsein der BürgerInnen und ihre Erwartungen an die demokratische Performanz; andererseits wissen die BürgerInnen um die funktionalen Grenzen der Demokratie und entfernen sich sukzessive von ihr. Sinkende politische Partizipation, sinkendes politisches Vertrauen sowie das Erstarken punktueller politischer Beteiligung (zum Beispiel Stuttgart 21) können so theoretisch in ihrer Gleichzeitigkeit gefasst werden. *Blühdorn* teilt viele der gängigen postdemokratischen Krisendiagnosen, kritisiert an ihnen jedoch erstens, dass sie terminologisch fälschlicherweise nahelegen, dass wir uns jenseits der Demokratie befinden. Zweitens unterschlagen sie die Prozesshaftigkeit dieser Veränderungen. Drittens sind sie unsensibel für die paradoxe Grundstruktur

dieser Entwicklung, die – in Analogie zum demokratischen Paradox – zugleich „Erosion und Radikalisierung“ (44) impliziert. Um diese komplexen Vorgänge systematisch fassen zu können, führt er das Konzept der „postdemokratischen Wende“ (10) ein. Mit der Transformation von der zweiten zur dritten Moderne diagnostiziert *Blühdorn* die funktionale Notwendigkeit, dass auch die Demokratie sich transformieren muss. Notwendig sind hierfür jedoch keine neuen demokratischen Prinzipien und Normen, sondern nur eine andere Ausdeutung bekannter demokratischer Prinzipien. Die gesuchte realistische Demokratietheorie im Prozess der postdemokratischen Wende ist die „simulative Demokratie“, die einen „Mechanismus der Überwindung dieser Spannung“ (gemeint ist wohl das demokratische Paradox) (44) darstellt, um so die „Gleichzeitigkeit von Widersprüchlichem“ (44) zu ermöglichen. Die Widersprüchlichkeit resultiert aus der Auflösung der „bürgerlichen Vorstellung von Subjektivität und Identität“ (52) in der dritten Moderne, die einhergeht mit einer Verschiebung der Zentrierung des demokratischen Prozesses vom Individuum zum System. Damit ist eine Umdeutung der zentralen demokratischen Ideale verbunden. Während für *Blühdorn* in der zweiten Moderne noch die demokratische Performanz zentrale Leitidee war, ist es in der dritten Moderne die systematische Performanz (54). Angesichts dieser unauflösbaren Spannungen muss eine „Emanzipation vom modernistischen Subjektivitätsbegriff“ (145) erfolgen. „Simulative Demokratie“ ist ein Mittel zum Zweck, um das transformierte autonome Subjekt, das Subjekt der dritten Moderne, politisch und sozial verwirklichen zu können. Hierzu gehört unter

anderem, dass das (fast) komplett vom Markt durchdrungene Subjekt nicht mehr selbst politisch handelt, sondern seine politische Verantwortung an „service provider outsourced“ (145). Die korrespondierenden „New Politics 2.0“ sind „individualisiert, themenspezifisch, [...] orientiert an subjektiver Befindlichkeit, [...] spontan [...]“ und „systemkonform“ (194). Aus normativer Perspektive interessant ist das Spannungsfeld, dass durch die normative Tradierung des modernen Subjektbegriffs und seiner institutionellen Konkretisierungen sowie dem neuen, postmodernistischen Subjektbegriff aufgespannt wird. Aus der Binnenperspektive der BürgerInnen handelt es sich trotz dieser Spannung um eine Demokratie – vor dem Hintergrund eines modernen Subjektverständnisses läge jedoch in der dritten Moderne nur eine defizitäre Demokratie vor. Die simulative Demokratie überbrückt diesen Widerspruch, indem sie zum „Projekt der kollektiven Selbstillusionierung“ (185) wird: „Demokratie ist heute der Name für das, was wir nicht haben wollen – doch was wir uns dennoch sehnlich wünschen“ (162). *Blühdorns* Buch leidet und profitiert zugleich von der Verortung in der realistischen Traditionslinie: Ob man die kleinen Bösartigkeiten, die links und rechts verteilt werden – so „plappern“ zum Beispiel die DemokratieoptimistInnen bei *Blühdorn* wie sein „Wellensittich“ (96) – goutiert, wird von der individuellen Polemikaffinität moderiert und verspricht eine anregende Lektüre, da sie – zumindest partiell – jenseits der akademischen Absicherungsrhetorik verortet ist. Problematischer ist das Erbe der reinen Deskription. Seit Schumpeter gehört der Realismus und seine Anormativität zum rhetorischen Überzeugungsport-

folio, und fast genauso lange ist er als reine Rhetorik dechiffriert. Doch erst der Anspruch der A-Normativität ermöglicht es *Blühdorn*, mit einem Tabubruch zu spielen. Sein Plädoyer für eine simulative Demokratie kann nicht nur deskriptiv als funktionales Korrelat eines unaufhaltsamen Modernisierungsprozesses verstanden werden, sondern auch als seine normative Affirmation, die das Erbe der Französischen Revolution als vormodern desavouieren möchte. Doch während das Spiel mit der normativen Unbestimmtheit noch interessant ist und dem Autor akademische Empörungsaufmerksamkeit sichern wird, ist sein Umgang mit Empirie nicht nur irritierend, sondern ärgerlich, denn Realismus impliziert scheinbar nicht notwendigerweise vertiefte Empiriekenntnisse. Das Konzept der postdemokratischen Transformation wird argumentativ gegen die demokratischen OptimistInnen und die TheoretikerInnen der Postdemokratie konturiert. Ersteren wirft er vor, dass sie keine „soziologisch überzeugende[n] Ansätze“ (109) seien, stützt dieses zugleich sehr pauschale und vernichtende Urteil jedoch weder mit eigenen empirischen Studien noch mit differenzierter Werkexegese oder intensiver Diskussion der theoretischen Sekundärliteratur. So kritisiert *Blühdorn* die deliberative Demokratietheorie recht pauschal dafür, dass sie „Emotionalität, Leidenschaft und alle anderen nichtrationalen Dimensionen menschlicher Subjektivität [von] vornherein ausklammert“ (103), während er für dieses Verdikt nicht nur die allseits bekannten theoretischen Erweiterungen des Deliberationskonzepts um Emotionen von Young bis Mansbridge ausklammert, sondern auch die Ergebnisse der empirischen Deliberationsforschung (DQI) ignoriert. Das Konzept

der Postdemokratie von Rancière kann auf zwei Druckseiten nachgelesen werden. Aufgrund der dafür gebotenen Kürze verzichtete *Blühdorn* folgerichtig auf die Explikation von nebensächlichen Konzepten wie Gleichheit, der Polizei, dem Politischen oder die prominent von Marchart angestoßene Diskussion über den grundlosen Grund der Demokratie. Dass Wolin nicht über sein einschlägiges Werk *Democracy Incorporated*, sondern über ein Kapitel seiner Toqueville-Monographie rekonstruiert wird, ist vor diesem Hintergrund nur eine Randnotiz wert. Im Zentrum der empirischen Kritik muss jedoch stehen, dass die Entwicklung der simulativen Demokratie und der Einstellungen der sie tragenden BürgerInnen weitgehend empiriefrei bleibt. Die Aussage „[d]as autonome Subjekt [ist] [...] vom Markt durchdrungen“ (130) erzeugt zwar im Postdemokratiediskurs Resonanz, doch bleibt sie apodiktisch und ohne empirische Belege. Dabei wäre es durchaus möglich und innovativ gewesen, mit Hilfe von Einstellungsdaten das demokratische Paradox zu validieren. Doch klafft an dieser zentralen Stelle der Argumentation eine empirische Lücke, die gerade für eine realistische Theorie der Demokratie schmerzhaft ist. Damit stellt sich die Christa-Wolf-Frage: Was bleibt? Aller Kritik zum Trotz handelt es sich um ein sehr lesenswertes Buch. Das Konzept der postdemokratischen Transformation betont die bislang weitgehend vernachlässigte Prozessdimension von Veränderungen zeitgenössischer Demokratien. Das „demokratische Paradox“ hebt die scheinbar unvereinbare Gleichzeitigkeit von Einstellungs- und Handlungsveränderungen auf, die zugleich demokratieaffirmativ und -kritisch sind. Auch erscheint die Forde-

rung nach einer besseren empirischen Fundierung postdemokratischer Krisendiagnosen unterstützenswert. Diese Konzepte könnten zur Grundlage einer Postdemokratieforschung 2.0 avancieren. Dem Erfolg stehen jedoch der realistische Duktus und der damit verbundene aufmerksamkeitsheischende (demokratische) Tabubruch sowie die große Geste (deren publizistisches Telos die „Edition dritte Moderne“ bei Suhrkamp sein müsste) im Weg: postdemokratische Demokratietheorie im Zielkonflikt.

Gary S. Schaal

Stahl, Titus. *Immanente Kritik. Elemente einer Theorie sozialer Praktiken*. Frankfurt am Main/New York. Campus 2013. 475 Seiten. 39,90 €.

Mit „Immanente Kritik“ erscheint eine weitere Studie zu Grundfragen von Gesellschaftskritik in der Reihe „Theorie und Gesellschaft“, die sich damit erneut als ausgezeichnete Adresse für Debatten über kritische Theorie und Praxis empfiehlt. Das Interesse von *Titus Stahls* beeindruckend facettenreicher Arbeit gilt dabei einer Kritikform, die insofern häufig als immanent bezeichnet wird, als sie ihren normativen Gehalt aus der kritisierten sozialen Realität selbst gewinnt. Auch wenn *Stahl* diese Kritikform nicht direkt mit anderen vergleicht und sie nur im Vorbeigehen als einer externen Kritik überlegen kennzeichnet, erscheint sie ihm doch als „attraktive Option“ (13) – die aber mit drei grundlegenden Problemen konfrontiert ist. Denn sie muss voraussetzen, dass jenseits der expliziten Normen einer Gesellschaft noch grundlegendere Normen liegen, dass die Kritik diese identifizieren kann, und dass sich